

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 6/50. Jahrgang

Juni 2019

Schutzgebühr: 0.40 €

Sozialbericht: Gießens Armut in Zahlen

Der Sozialbericht für Gießen, den der Magistrat jetzt aufgrund eines Beschlusses des Stadtparlaments vom Dezember 2017 vorgelegt hat, umfasst ganze 17 Seiten. Festgestellt wurde immerhin, dass die Armut in Gießen – besonders in der Weststadt und im Nordviertel – beachtlich ist.

Arbeitslosigkeit

Das sieht man sowohl an den Arbeitslosenquoten von 10,3 bzw. 8,59% als auch an der Quote der Hartz-IV-Berechtigten von 26,79 bzw. 22,89%.

Kinderarmut

Die Kinderarmut ist erschreckend: Mehr als jedes vierte Kind in der Stadt Gießen ist arm – in den o. g. Stadtteilen sind es 44,58 bzw. 38,89%.

Diesen nackten Angaben von 2017 fehlen jedoch die Vergleichszahlen.

Wir haben einige herausgesucht.

2006 gab es 996 Arbeitslose - 2017: 3.513.



2006 bezogen 5.522 Menschen Hartz IV – 2017: 10.033.

2006 gab es 20.196 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – 2017: 28.154, was auch zusammenhängt mit der gestiegenen Einwohnerzahl.

2006: 73.658 – 2017: 85.249.

Fazit: eine Katastrophe

Insgesamt ein verheerendes Armutszeugnis, hinter dem man die bestehende Not und das Elend nur erahnen kann. Bekannt ist auch, dass die Armut weiter wachsen wird – wie auch der Reichtum der Besitzenden. Das ist die logische Entwicklung in einer Gesellschaft, in der die kleine Zahl der Besitzenden alles entscheidet, auch über das (Un-)Wohl und Weh der Besitzlosen. Die müssen ihre Arbeitskraft verkaufen, um einigermaßen anständig leben zu können – oder sie landen als im Kapitalismus „Überflüssige“ (Marx) in Hartz IV oder auf der Straße.

Dabei ist Gießen nur eine „durchschnittliche“ BRD-Stadt in einem System, das gerne von den Herrschenden (Merkel und Co. samt Hintermännern) als „alternativlos“ bezeichnet, aber von immer mehr Menschen infrage gestellt wird.

Erika Beltz



Was ist los mit Volker Bouffier?

War die Reha von Ministerpräsident Bouffier zu kurz? In einem Interview mit der Gießener Allgemeinen vom 11. Mai verstieg er sich zu der Aussage: „Europa verhindert Krieg und schafft Wohlstand“. Das mag als gestörte Wahrnehmung noch hingehen. Doch dann fuhr er fort: „Wir sind die erste Generation, die nicht in einen Krieg gezogen ist“. Ja, was war denn mit dem völkerrechtswidrigen deutschen Krieg gegen Jugoslawien? Was ist denn in Afghanistan – von den anderen Kriegsschauplätzen ganz zu schweigen?

Inhalt:

Marx + Fridays for Future S. 2
Freier Bus für Arme/FDP + Handel S. 3
Uniklinik/Nazi-Richter/GAZ/AfD S. 4

So kam es zur BRD-Wohnungsnot S. 5
Iran-Belagerung/Leserbriefe S. 6
Kühnert + Sozialismus/Taser-Tod S. 7
Termine/Militarisierung der EU S. 8

Für Frieden und Sozialismus!



Karl Marx - Wegbereiter für "Fridays for Future"

„Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias (gute Familienväter) den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen“ – das ist zwar keine jugendgemäße Sprache, der Satz drückt aber genau das aus, was Jugendliche bei „Fridays for Future“ fordern. Das Zitat ist 150 Jahre alt und stammt von Karl Marx.

Was die kapitalistischen Gesellschaften tun, ist genau das Gegenteil von „verbessert hinterlassen“. Wenn sich nicht bald alles entscheidend ändert, wird den kommenden Generationen

eine überhitzte, artenarme und vermüllte Erde übergeben. Obwohl die verantwortlichen Politiker das wissen, machen sie seit 30 Jahren immer dasselbe: auf internationalen Konferenzen beschließen sie große Ziele, die in 10, 20 oder 30 Jahren erreicht werden sollen. Heute oder morgen tun sie aber fast nichts oder nur Symbolisches.

Den wirklich Mächtigen, den internationalen Konzernen, geht es vor allem um kurzzeitigen Profit. Der ist am besten zu erreichen mit Wachstum – mehr Produktion, mehr Energie, mehr Rohstoffverbrauch. Ihre Geologen erschließen immer neue Lagerstätten, Kohle, Öl, Erdgas, Metalle, Seltene Erden und was die moderne Technik so braucht. Was erschlossen ist, wird

auch gefördert, auch wenn längst klar ist, dass es besser für die Erde wäre, wenn das meiste davon dort bleibt wo es ist. Sie finden immer wieder Wissenschaftler, die das begründen und Politiker, die es zulassen.

Manche träumen von einem „Grünen Kapitalismus“. Natürlich lässt sich auch mit alternativen Energien, Recycling und ressourcenschonender Produktion Geld verdienen, clevere Manager planen sowas in ihr Programm ein. Profitgesteuert und wachstumsorientiert wird das aber auch nur zu Umweltzerstörungen führen.

Zu den größten Gefährdern der Zukunft der Erde gehören Rüstung und Krieg. Die ungehemmte Aufrüstung verschwendet nicht nur Unmengen Rohstoffe, Arbeitskraft und Wissen, sondern gefährdet die Zukunft der Menschheit.

Eigentlich müsste das ganze System grundlegend geändert werden. Aber auch wenn das noch unmöglich erscheint, ist das kein Grund aufzugeben. Mit genügend Druck lässt sich vielleicht doch etwas verbessern und ein Systemwechsel vorbereiten.

Deswegen: Immer weiter streiken und demonstrieren! Nicht mit Plänen für 2030 oder später zufrieden sein, sondern Änderungen für sofort fordern! Ideen für eine bessere Welt gibt es genug. Gernot Linhart



„Sie sprechen immer davon weiterzumachen mit denselben schlechten Ideen, die uns in diese Misere gebracht haben. Sie sind nicht erwachsen genug, um das so zu formulieren. Selbst diese Bürde überlassen sie uns Kindern. Mir geht es nicht darum, bekannt zu sein. Mir geht es um Klimagerechtigkeit und um einen lebenswerten Planeten. Unsere Zivilisation wird für die Chancen einer kleinen Gruppe von Menschen geopfert, die immer mehr Geld verdienen wollen. Unsere Biosphäre wird geopfert, damit reiche Menschen in Ländern wie meinem in Luxus leben können. Es sind die Leiden der Vielen, die für den Luxus der Wenigen bezahlen. (...)

Wir können eine Krise nicht lösen, ohne sie als eine Krise zu behandeln. Wir müssen die fossilen Brennstoffe im Boden lassen. Wir müssen den Focus auf Gerechtigkeit lenken. Wenn es unmöglich ist, Lösungen im bestehenden System zu finden, sollten wir das System an sich ändern. Wir sind nicht hierher gekommen, um vor Weltpolitikern darum zu betteln, dass sie sich kümmern. Sie haben uns in der Vergangenheit ignoriert und sie werden uns wieder ignorieren. Uns gehen langsam die Ausreden aus, uns läuft die Zeit davon! Wir sind hierher gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass ein Wandel kommen wird, egal ob sie es wollen oder nicht. Die wirkliche Macht gehört den Menschen.“

Greta Thunberg auf der UN-Klimakonferenz 2018



Trotz Dauerregen demonstrierten am 11.5. über hundert Menschen für die Ziele der „Fridays for Future“ – Bewegung. In einigen Reden wurde die Forderung nach aktivem Klimaschutz begründet, ein Chor unterstützte die Veranstaltung mit seinen Liedern.

Die weiteren geplanten Aktionen sollen nicht mehr „Parents for Future“, sondern „People for Future“ heißen.



Bei strahlender Sonne war die diesjährige Demo und Kundgebung des DGB zum 1. Mai gut besucht. Auch die DKP war wieder sichtbar mit Fahnen und Transparent vertreten. Leider waren die Trommler, die während der ganzen Demo, nur von Redebeiträgen unterbrochen, lärmten, etwas nervig. Musik oder gar Arbeiterlieder fehlten ganz.

Antrag von Michael Beltz (DKP) für die Gießener Linke: Kostenlose Busfahrt mit dem Gießen-Pass

Der Magistrat möge die Ermäßigung für den öffentlichen Personennahverkehr beim Gießen-Pass von derzeit 50% auf 100% erhöhen.

Begründung:

Dass der Regelsatz für Hartz-IV insgesamt zu niedrig bemessen ist, steht außer Frage. Hinzu kommt, dass durch gestiegene Preise, insbesondere auch für Energie, das monatliche Einkommen weiter gemindert wird. Um den Betroffenen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben etwas zu erleichtern, halten wir eine Erhöhung der Ermäßigung

insbesondere im öffentlichen Personennahverkehr für dringend geboten. Um überhaupt die weiteren Angebote wie der Besuch der Freibäder oder der Volkshochschule in Anspruch nehmen zu können, muss man sie erst mal erreichen können.

Selbstverständlich wurde auch dieser Antrag im Ausschuss von der Koalitionsmehrheit abgelehnt. Weil sie aber keinen halbwegs vernünftigen Grund dafür vorbringen konnten, entschlossen sie sich, "zu prüfen, wie Besitzern des Gießen-Passes die Nutzung des innerstädtischen Busverkehrs zu erleichtern ist". Peinlich.

Aktion für ein klimaneutrales Gießen

Der Verein Lebenswertes Gießen fordert, die Stadt Gießen bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu machen. Dafür sammelt er Unterschriften für einen Bürgerantrag gemäß der Bürgerbeteiligungssatzung. Die 830 notwendigen Unterschriften dürften kein Problem sein, dann müssen die Abgeordneten im Stadtparlament Farbe bekennen. Mal sehen, ob die Mehrheit wieder mal etwas findet, um den Antrag ins Leere laufen zu lassen - so wie es bundesweit fast allen Anliegen geht, die von Bürgern eingebracht werden. Informationen zum Antrag unter www.2035Null.de.



FDP - Retter des Einzelhandels?

Über die Zukunft des Gießener Einzelhandels in der Innenstadt wird nicht erst seit der deutlicher werdenden Fehlentscheidung Galeria Neustädter Tor diskutiert. Die Schließung von Peek und Cloppenburg, Sting und andere Leerstände in der Fußgängerzone kratzen am Lack der „Einkaufsmetropole“. Der Chef des BID Seltersweg orakelt: „Wenn die Innenstadt stirbt, dann stirbt die ganze Stadt.“ Dem will die FDP mit einem Antrag abhelfen: Der Magistrat möge auf Landesebene darauf hinwirken, den Anlassbezug für verkaufsoffene Sonntage zu streichen, damit künftig viermal im Jahr, egal ob notwendig oder nicht, die Geschäfte sonntags öffnen dürfen. Für die FDP ist dies ein „Marketinginstrument zur Belebung der Innenstadt“.

Nun ist bekanntlich das Verbot der Sonntagsarbeit kein Gesetz zur Regelung des Wettbewerbs o. ä., sondern ein sog. „Arbeitnehmerschutzgesetz“, das die abhängig Beschäftigten wenigstens an einem Tag in der Woche vor Ausbeutung schützt. Ausnahmen sind an strenge Regeln gebunden, worüber auch die Kirchen – die „den Tag des Herrn“ heiligen – wachen. Und das ist gut so. Denn der zunehmenden Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten, ihrer ständigen Verfügbarkeit sind ohnehin kaum Grenzen gesetzt. Eines der wenigen verbliebenen Rechte sollte nicht auch noch dem Profit geopfert werden.

Es ist außerdem mehr oder weniger eine Milchmädchenrechnung, zu glauben, damit würde der Einzelhandel – auch gegenüber dem Online-Geschäft – gestärkt.

Schließlich ist es eine Tatsache, dass etwa 40% der Bevölkerung heute weniger Geld zur Verfügung hat als vor Jahrzehnten. Ohne Kaufkraft: kein Umsatz, ohne Umsatz: Schließung. Das nennt man Marktwirtschaft oder auch Kapitalismus.



10 Wochen kostenlos testen

www.unsere-zeit.de
 Hoffnungsstr. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

Uniklinikum: Mehr Patienten, mehr Umsatz

Die Rhön AG, Betreiberin des Uniklinikums Gießen/Marburg, hat ihre Zahlen fürs erste Quartal 2019 vorgelegt. Wieder wurden im Vergleich zum Vorjahr mehr Patienten behandelt und ein höherer Umsatz erzielt.

Der Kampf der Beschäftigten für mehr Personal und eine bessere Vergütung hat zu leicht gestiegenen Ausgaben geführt, der Gewinn liegt aber immer noch bei 8,9 Millionen Euro im Ver-

gleich zu 10,4 Millionen im Vorjahr. Vor Einführung der Vergütung durch Fallpauschalen und der Privatisierung von Kliniken war der Betrieb von Krankenhäusern kostendeckend, und das war gut so.

Jeder Euro Gewinn geht auf Kosten des Personals und der Patienten. Es ist also noch einiges Geld für mehr Personal und bessere Bezahlung da!



AfD ausgetrickst

Punkten wollte die AfD-Fraktion im Kreistag mit ihrem Antrag, die Zahl der Abgeordneten von 81 auf 71 zu beschränken. Reinhard Hamel, Fraktion Gießener Linke, wusste einen besseren Weg zur Lösung: Die AfD möge doch ihre Abgeordneten (10) zurückziehen, und schon wäre im Interesse aller dem Anliegen Rechnung getragen.

Probleme der GAZ

Schon oft mussten Abonnenten der Gießener Allgemeinen morgens auf die Zeitung warten. Im Mai war dies fast ein Dauerzustand und die Ausreden der Geschäftsstelle hanebüchen: „Wir können keine Zeitung nachliefern, weil wir keine mehr haben“ und „14 Zusteller haben sich krankgemeldet“. - Da scheint Grundsätzliches schief zu laufen. Im vergangenen November streikten die Drucker, weil die Geschäftsleitung im Zuge der Übernahme der Societätsdruckerei Entlassungen angekündigt hatte. Die konnten einigermaßen abgewendet werden. Jetzt dies. Vielleicht ist das ein Fall zur Kontrolle der Einhaltung des Mindestlohns?

Berlin: Wohngeld gekürzt!

Einem Berliner Studenten wurde das Wohngeld gekürzt, weil er Essen von der Tafel bezog! Für 2900 Euro seien die Lebensmittel im Jahr berechnet – entsprechend geringer das Wohngeld. Wie diese Fantasie-Zahl zustande kam, ist ein Rätsel. Im Regelsatz von Hartz IV sind für Verpflegung 145,40 Euro enthalten. Das macht 1746 Euro im Jahr - und lange nicht 2900 Euro. Ob diese Ungeheuerlichkeit Bestand haben wird (im „rot/rot/grünen“ Berlin) ist noch nicht ausgemacht. – Wann werden Hartz-IV-Bezieher die Bezüge gekürzt, wenn sie zur Tafel gehen?



Gießener Nazi-Jurist prägte Rechtsprechung

Wie im vorigen Gießener Echo berichtet, wurde durch Recherchen eines Doktoranden bekannt, dass Hans Hofmeyer, Vorsitzender Richter des ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses, Mitglied und Funktionär mehrerer NS-Organisationen war und durch seine Tätigkeit als Amtsgerichtsrat und Militärrichter selbst an Nazi-Verbrechen beteiligt war.

Seine früher oft gelobte Verhandlungsführung im Auschwitz-Prozess erscheint jetzt in einem anderen Licht und wird neu diskutiert. Hofmeyer bestand darauf, dass nur individuell bewiesene Taten bestraft werden können – das organisierte Massenverbrechen wurde sozusagen „atomisiert“. Nur wenn bei Morden der Name des Opfers, Datum und Uhrzeit sowie der

konkrete Tatbeitrag eines Angeklagten bezeugt wurden, konnte eine Verurteilung erfolgen.

Jahrzehntelang wurde dieses Prinzip beibehalten. Viele Täter, deren Beteiligung an Massenmorden offensichtlich war, wurden deswegen „mangels Beweisen“ freigesprochen. Ehemalige Nazi-Richter schützten so viele Gesinnungsgenossen vor einer Bestrafung.

Erst ab 2011 änderte sich die Rechtsprechung, seitdem verurteilen Gerichte auch wenn nur eine Tatbeteiligung bezeugt wird. Die meisten Täter waren zu dieser Zeit aber schon gestorben oder sehr alt. So wirkte die von Nazis dominierte Nachkriegsjustiz bis in dieses Jahrhundert nach.

Gernot Linhart

Lastenräder zum Ausleihen

Die private, der Gemeingutidee verpflichtete Lastenrad-Initiative "Allrad" hat inzwischen mehrere Lastenräder und einige Handwagen angeschafft, die an mehreren Stellen in Gießen gegen eine Spende ausgeliehen werden können. Größere Einkäufe, kleine Umzüge o.ä. Transporte kann man damit gut ohne Auto bewältigen. Unter "dasallrad.org" kann man sich informieren und buchen.

3 WOCHEN GRATIS! **junge Welt**
www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50
**Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.**

Die Entwicklung der Wohnungsnot in der BRD

Nach dem Krieg war die Wohnungsnot in der BRD überall so katastrophal, dass sogar die CDU/CSU-Adenauer-Regierung strenge Gesetze zum Schutz der Mieter erlassen musste. Aber damit war bereits nach etwa 20 Jahren Schuss, Mitte der 60er Jahre erklärte der damalige CDU-Wohnungsbauminister Lücke die Wohnungsnot für beendet – obwohl dies keineswegs so war -, hob mit der Einführung der „Lücke-Gesetze“ den Mieterschutz weitestgehend auf und überließ die Mangel-Ware Wohnung dem freien unsozialen Markt.

Mietwucher und Bodenspekulation blühten

Die Folge: Die Mieten schnellten in die Höhe, ebenso die Bodenpreise. Die Bodenspekulation blühte, die

Georg Kronawitter, damals SPD-MdL und später Münchener Oberbürgermeister über den Großgrundbesitzer Finck: „Jeden Morgen, wenn Herr von Finck wach wird, ist er um eine Million reicher. Es steht ja schon in der Bibel: Den Seinen gibts der Herr im Schlafe.“ Baron Finck senior hat als Nazi-Anhänger die Hitler-Partei mitfinanziert, Baron Finck junior – mit Sitz in der Schweiz – die AfD.

Innenstädte wurden gewinnträchtig kaputt saniert (Frankfurter Westend, Gießener City...).

Genau dies war Sinn und Zweck der Lücke-Gesetze. Denn die Bundesregierung tat nichts, diese Entwicklung zu stoppen: Sie führte keine Woh-

nungsbauprogramme durch, die erreicht hätten, dass die Miethaie auf ihren Wuchermietwohnungen sitzen blieben; sie erhob keine Sondersteuer auf die riesigen Spekulationsgewinne. Sie tat genau das Gegenteil: Sie stellte den öffentlichen Wohnungsbau fast ganz ein. Den großen Konzernen und Baugesellschaften wurde der Wohnungsmarkt zur freien Ausbeutung überlassen, dessen bester Garant der Mangel ist. Und so ist es bis heute geblieben.

Ein kleiner Systemvergleich

Die Ausplünderung der Menschen über die Miete verstärkte sich nach dem Anschluss der DDR erheblich, weil auf die Systemkonkurrenz keine Rücksicht mehr genommen werden musste. Während in der DDR im Durchschnitt weniger als 3% des Monatseinkommens für Miete bezahlt wurde, sind es im „freien Westen“ inzwischen 30 bis 40%. Während in der DDR das

Menschenrecht auf Wohnraum in Artikel 37 der Verfassung garantiert war, nähert sich in der BRD die Zahl der Obdachlosen der Millionengrenze.

Wohngeld – Subvention der Hausbesitzer

Da einerseits das Geschäft mit der Wohnungsnot nicht eingeschränkt

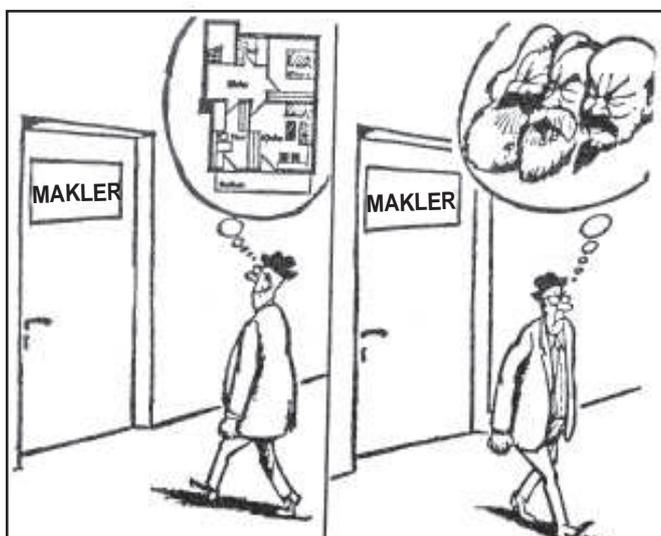
werden sollte, andererseits aber immer mehr Familien die steigenden Mieten nicht mehr bezahlen konnten, folgte der „Peitsche Mietwucher“ das „Zuckerbrot Wohngeld“. Damit werden faktisch die hohen Mieten staatlich subventioniert: Steigen die Mieten, steigt das Wohngeld.

Nach der beschlossenen Reform wird der Staat im kommenden Jahr 1,2



Milliarden Euro für Wohngeld ausgeben: für die Mieter eine überfällige Leistung, für die Vermieter ein Geldregen.

An der Wohnungsnot ändert sich rein gar nichts. Dazu ist Enteignung der Wohnungsbaukonzerne notwendig – eine sozialistische Gesellschaftsordnung.
Erika Beltz



Am Jahresende 2017 bezogen in Deutschland rund 592 000 Haushalte Wohngeld, weil die Mieten zu hoch sind. Dafür gaben Bund und Länder zusammen 1,13 Milliarden Euro aus.

Just vor den EU-Wahlen beschloss die Bundesregierung eine kräftige Erhöhung des Wohngeldes. Es soll im nächsten Jahr im Schnitt um etwa 30% steigen - für einen durchschnittlichen Zwei-Personen-Haushalt etwa von derzeit 145 Euro monatlich auf 190 Euro.

Dafür wird der Staat noch mal 1,2 Milliarden Euro ausgeben – aus dem Steuertopf, der größtenteils gefüllt wird durch die Mehrwertsteuer (30%) und die Einkommensteuer (45%, vor allem die Lohnsteuer) sowie einigen Verbrauchsteuern (z.B. Tabaksteuer).

Wir alle zahlen also über die Steuer für die Gewinne der Spekulanten!

Belagerungszustand - über Sanktionen gegen Iran

In der Zeit des Neoliberalismus gilt als der beste Deal der, in dem eine Seite nichts gibt – und alles erhält.

Paradebeispiel hierfür ist das sogenannte Atomabkommen mit dem Iran. Die USA haben es einseitig aufgekündigt, verhängen Sanktionen wie kaum je. Der Iran erhält nichts – und die EU verlangt noch, er müsse seinen Teil des schon längst aufgekündigten Abkommens einhalten, bei Strafe weiterer Sanktionen.

Der Iran beendet wegen der US-Sanktionen freiwillige Beschränkungen – und Frankreichs Verteidigungsministerin will europäische Sanktionen nicht ausschließen.

„Sanktionen sind ein mörderisches Katz-und-Maus-Spiel mit der Zivilbevölkerung. Die Täter können den Ring lockern und wieder zuziehen wie bei einem Würgegriff, bei dem man das Opfer zwischendurch kurz Luft schnappen lässt“, das schrieb die „Zeit“ 2016 und meinte natürlich nicht die Sanktionen des Westens, sondern die Belagerung einzelner Orte durch die syrische Armee. Aber was ist die Belagerung einzelner Städte gegen die Belagerung von ganzen Staaten.

Der Iran ist im Belagerungszustand – und die Belagerung schließt einen unmittelbaren Angriff nicht aus. Das Atomprogramm ist dabei nur vorge-schoben. Die USA, Israel und die EU

fürchten nicht das Atomprogramm, sondern einen Staat, der das Potential für eine massive wirtschaftliche, technologische und militärische Entwicklung besitzt. Ein Potential, das selbst unter dem Zustand äußeren Drucks und innerer Schwäche sichtbar ist. Ein Staat, der eine Konkurrenz gegen die Hegemonie der USA und Israels über den Nahen Osten darstellt.

Weder Sanktionen noch Belagerungszustand begünstigen eine fortschrittliche Veränderung des Iran. Und zwischen Wirtschaftskrieg und militärischer Gewalt besteht sogar die Möglichkeit, dass der Staat zerfällt, ein libysches Szenario. Für die EU ist das ein größeres Ungemach als für

die USA. Die Entwicklung im Iran wird davon abhängen, ob Staaten wie Indien, die Türkei, Irak, China und Russland ihre Zusammenarbeit mit dem Iran beibehalten.

Ein Ultimatum des Iran weise die EU zurück, haben Deutschland, Frankreich und Großbritannien erklärt – und das Ultimatum von Trump haben sie willfährig erfüllt. Die EU sei entschlossen, den legitimen Handel mit dem Iran aufrechtzuerhalten. Doch selbst die Zweckgesellschaft zur Umgehung der US-Sanktionen harret seit Monaten ihrer Inkarnation. Auf mehr als Lippenbekenntnisse der EU muss das Atomabkommen nicht rechnen.

Manfred Ziegler
(aus: UZ - Zeitung der DKP v.17.5.19)



Leserbriefe

zu Gießener Echo, Mai 2019,

„Hessen: CDU – Grüne verweigern Bannmeilen“

Seit wann übernehmen Kommunisten Kampfparolen der Reaktion?

Im Zusammenhang mit Demonstrationen von „Lebensschützern“ fordert ihr – ich traute meinen Augen nicht – demonstrationsfreie Zonen! Das ist absolut reaktionär!

Gerade Euch sollte es doch klar sein, dass der Kapitalismus nur abzuschaffen ist, wenn wir neben einer starken Verankerung in den Betrieben die Macht auf der Straße übernehmen können. D.h., wir müssen gerade dafür kämpfen, dass wir immer und überall demonstrieren können.

Glaubt ihr allen Ernstes, dass ein Demonstrationsverbot für unsere politi-

schen Gegner nicht in der nächsten Zeit gegen das ganze linke Spektrum ausgeweitet wird?

Natürlich müssen wir die zumeist stramm rechten (wohl teilweise auch mit Faschisten durchsetzten) Szene der „Lebensschützer“ bekämpfen, aber mit anderen Mitteln.

Ich erwarte, dass ihr euren politischen Standpunkt überdenkt und in Zukunft von dem Schwachsinn „errichtet Bannmeilen“ Abschied nehmt.

Martin Wagner

Anti-Amerikaner?

Wann immer jemand die offensichtliche und peinliche Wahrheit ausspricht, dass die USA und ihre Führer seit 250 Jahren diametral das Entgegengesetzte von dem gemacht haben, als das, was Sie permanent ihre „Amerikanischen Werte“ bezeichnen, wird dieser Mensch als Anti-Amerikaner verleumdet und beleidigt. Bin ich Anti-Amerikaner? Ich denke nicht.

Falls aber der Glaube an Redefreiheit und echte Demokratie anti-amerikanisch ist, schätze ich, das ich Anti-Amerikaner bin. Falls aber der Glaube, dass eine Regierung nicht endlos lügen sollte anti-amerikanisch ist, schätze ich, das ich Anti-Amerikaner bin.

Falls aber der Glaube, dass eine Regierung ihre eigenen und andere Bürger nicht ausspionieren sollte anti-amerikanisch ist, schätze ich, das ich Anti-Amerikaner bin.

Falls aber der Glaube, dass eine Regierung nicht entführen, foltern und morden sollte, anti-amerikanisch ist, schätze ich, das ich Anti-Amerikaner bin.

Falls aber der Glaube, dass eine Regierung nicht Millionen von Menschen in endlosen Kriegen ermorden sollte, nur um dieselben psychopathischen Verbrecher weiter zu bereichern, anti-amerikanisch ist, schätze ich, das ich Anti-Amerikaner bin! Claudio Coladangelo



Das türkische Regime hat damit begonnen, eine Mauer um den besetzten Kanton Afrin in Nordsyrien zu bauen. Im Rahmen von bundesweiten Aktionen fand auch in Gießen am 10. Mai eine Protestkundgebung statt. Die Demonstranten verurteilten die völkerrechtswidrige Annexion und forderten die Befreiung und Frieden für die gesamte Region. R.G.

Kevin Kühnert und der „Sozialismus“

Wozu die Aufregung innerhalb der SPD? Im Programm dieser Partei wird unter „Demokratischer Sozialismus“ u. a. gefordert: „eine Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, in der die bürgerlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte für alle Menschen garantiert sind, alle Menschen ein Leben ohne Ausbeutung... führen können.“

Auch wenn dies nur Worte sind und in der Praxis der SPD keine Rolle mehr spielen (wenn sie es denn je taten), so hat Kühnert sie aus dem dunklen Vergangenen ein wenig hervorgeholt. Auch Gerhard Schröder und Andrea Nahles (singt für die SPD) machten sich einst als Juso-Vorsitzende und linke Parteivertreter einen Namen. Schröder kann für sich in Anspruch nehmen, zusammen mit den Grünen den ersten deutschen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg geführt – und mit Hartz-IV Millionen in die Armut getrieben zu haben. Nahles trug vor Jahrzehnten ein T-Shirt mit der Aufschrift: „Wer nicht ausbildet, wird

umgelegt.“ Ihre Kehrtwende brachte sie zu einer effizienten Vollstreckerin kapitalistischer Interessenpolitik. Aber gebraucht wird sie vom Kapital auch nicht mehr, dafür lauert jetzt Habeck. Kühnert ist verbalradikal auf den Zug des Berliner Volksbegehrens gegen die Miethaie aufgesprungen. Seiner Forderung nach Enteignung großer Konzerne fehlt jedoch die Konsequenz, generell die Eigentumsfrage an den Produktionsmitteln, und damit die Machtfrage, zu stellen.

Dalaut einer Umfrage (GAZ, 8.5.2019) 66% der Befragten Kühnerts Forderung unterstützen, kann er seiner Partei von Nutzen sein, indem er (rechtzeitig zur EU-Wahl) ein paar Stimmen aus dem linken Lager auf sich zieht. Ansonsten bleibt die Frage für die vaterlands- und kapitaltreue SPD: Wie bringt man Kühnert zum Schweigen? Erschießen geht nicht (wie in den USA), also muss ein Amt her: Als Minister kann er ruhig gestellt werden.

Michael Beltz



Tod nach Taser

Anfang Mai starb in Frankfurt ein psychisch kranker Mann in seiner Wohnung durch Taser-Einsatz der Polizei, die gerufen worden war, weil er seine Medikamente nicht nehmen wollte.

Im April-Echo hatten wir uns gegen die Ausstattung der hessischen Polizei durch diese Waffe (und das ist sie im Sinne des hessischen Polizeigesetzes) gewandt, weil ihre Auswirkung insbesondere auf kranke Menschen, aber auch auf andere, überhaupt nicht absehbar und viel zu riskant ist. Zwei Menschen waren bereits in den letzten Monaten nach Taser-Einsatz in der BRD- gestorben. Ein Sprecher von CDU-Innenminister Beuth behauptete dagegen noch nach dem Todesfall gegenüber der Frankfurter Rundschau, man habe „positive Erfahrungen“ mit den Tasern gesammelt. Im Übrigen plant die Landesregierung, Taser künftig nicht mehr als Waffe, sondern als „Hilfsmittel körperlicher Gewalt“ einzuordnen.

Die Linke ist eindeutig gegen die Verwendung von Tasern und fordert, ihren Einsatz zumindest solange auszusetzen, bis der Tod des Mannes lückenlos aufgeklärt ist.

Und die Grünen? Tragen auch dies schweigend mit. E.B

**Redaktionsschluss für
Juli-Echo: Mi., 19. Juni**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Wenn Sie an weiteren Informationen interessiert sind, bitte einsenden.

Ich möchte:

- das Gießener Echo abonnieren
- das GE online abonnieren
- Infos bekommen
- Einladung zu Veranstaltungen

Name:.....

Anschrift:.....

Mail:.....

Jugend-Festival der SDAJ in Köln

7. bis 9. Juni im Jugendpark am Rheinufer in Köln

Zu einem der größten linken politischen Jugendfestivals Deutschlands werden wieder sehr viele Künstlerinnen und Künstler kommen und für Musik sorgen. Es gibt zahlreiche unterschiedliche Workshops und Vorträge zu Themen wie Antifa, Antimilitarismus, Gewerkschaftsarbeit, Kämpfe in der Schule, Rassismus und Sexismus in dieser Gesellschaft. Das Motto des Festivals lautet: „Zeit für Widerstand!“ - Infos unter: <https://www.festival-der-jugend.de/>

Aktion Friedlicher Hessentag

Vom 7. bis 16. Juni findet in Bad Hersfeld der diesjährige Hessentag statt. Wer ein ausgelassenes Volksfest erwartet, muss aufpassen: Panzer, Maschinengewehre und Kampfhubschrauber sind ebenso zu finden. Die Bundeswehr missbraucht mit vielen Veranstaltungen und Kriegsgerät den Hessentag als Werbeschau.

Das Aktionsbündnis „Friedlicher Hessentag“ wendet sich gegen Militärwerbung auf Volksfesten und bei Minderjährigen. Am Samstag, dem 15. Juni, ruft das Bündnis zu einer Demonstration gegen den „Tag der Bundeswehr“ auf. Weitere Infos unter: <https://www.friedlicher-hessentag.de/>

Frieden zwischen Äthiopien und Eritrea

Hintergründe und Perspektiven, Fahrradfahren in Eritrea

Dienstag, 18. Juni, 19 Uhr, Vortragsraum der Kongresshalle
Veranstaltung der Deutsch-Eritreischen Gesellschaft

	<p>blog.unsere-zeit.de www.dkp-hessen.de www.dkp-giessen.de DKP-Gießen auch bei facebook</p>
---	--

Konsequent Krieg führen Militarisierung der EU

... »Pesco« schweißt die Streitkräfte der Mitgliedstaaten langsam, aber zuverlässig zusammen. Dieser Rüstungsfonds veranlasst die nationalen Waffenindustrien zu einer engeren Kooperation. Manche, vor allem Frankreich, hätten's gern schneller mit der Militarisierung der EU – aber egal: Die Union bereitet sich konsequent aufs Kriegführen vor. So konsequent, dass der transatlantische Rivale vernehmlich zu hüsteln beginnt. Schließlich könnte eine »Armee der Europäer« in Zukunft nicht nur unabhängig von den USA, sondern womöglich sogar gegen ihren Willen intervenieren...

Das ist teuer? Nun, am Geld soll's nach dem Willen der Bundesregierung nicht scheitern: Sie vermeldet für dieses Jahr den größten Anstieg des deutschen Militärbudgets seit Jahrzehnten. Gestern berichteten Agenturen, berechne man den deutschen Wehrhaushalt nach NATO-Kriterien, die auch Kosten berücksichtigen, die

in anderen Etatposten versteckt sind, dann beliefen sich die Ausgaben aktuell auf 47,3 Milliarden Euro – fünf Milliarden mehr als im vergangenen Jahr. Einen solchen Anstieg habe es seit dem Ende des Kalten Kriegs noch nie gegeben.

Im kommenden Jahr soll das Wehrbudget nach NATO-Kriterien auf 49,7 Milliarden Euro steigen – und vielleicht auf noch mehr: Aus Regierungskreisen heißt es, man könne noch »nachjustieren«. Möglicherweise, heißt es weiter, nähere man sich dem Zwei-Prozent-Ziel der NATO sogar noch schneller an als geplant: Wachse die Wirtschaft weniger stark als erhofft, dann nehme der Wehranteil rechnerisch schneller zu, denn Berlin werde am Militärhaushalt ganz gewiss nicht sparen. Schließlich steht und fällt damit der Aufstieg zur auch militärisch operierenden Weltmacht EU.

Jörg Kronauer
(gekürzt aus: "junge Welt" vom 17.5.)

DKP-Info-Stand

am Samstag, 29. Juni, ab 10.30 Uhr,
am Kreuzplatz

Jeden Montag, von 18 bis 19
Uhr bei den 3 Schwätzern im
Seltersweg/Ecke Plockstr:
**Protest gegen
Hartz IV**



„Der Kapitalismus kann nicht reformiert werden“

"Manchmal fragen mich Leute: Würde es nicht genügen, den Kapitalismus zu reformieren, zu zivilisieren, menschlicher zu machen? Aber das kann man nicht! Wir müssen ihn zerstören, bevor er uns zerstört, aber reformieren, das funktioniert nicht. Das zeigt die Geschichte. Die Sklavengesellschaft konnte man auch nicht reformieren – entweder ist ein Mensch ein Mensch, oder er ist eine Sache. Wie hätte man die Sklaverei, den Kolonialismus reformieren sollen – etwas weniger plündern oder wie? Entweder gibt es Souveränität und Unabhängigkeit eines Volkes, oder es ist kolonialisiert. Beides gibt es nicht."

Jean Ziegler, unter anderem bekannt als Autor, emeritierter Soziologieprofessor und ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, in der „jungen Welt“ v. 15. Mai.